

## Wohnungsbaufinanzierung in Europa

Eine weitere Harmonisierung des europäischen Marktes für die Wohnungsbaufinanzierung ist mit substantiellen Hindernissen verbunden. Ein EU-weiter Regulierungsansatz zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit dieser Märkte erscheint somit fragwürdig. Dies sind die Hauptaussagen des Gutachtens „Ein europäischer Binnenmarkt für die Wohnungsbaufinanzierung“. Es wurde vom ZEW in Zusammenarbeit mit dem Institut der deutschen Wirtschaft und Prof. Dr. Johannes Köndgen von der Universität Bonn für den Verband der Privaten Bausparkassen e.V., die Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen und den Verband der deutschen Pfandbriefbanken e.V. erstellt.

Unterschiede auf den nationalen Märkten für die Wohnungsbaufinanzierung

	Marktkonzentration im Bankensektor	ausstehendes Kreditvolumen für Wohnraum (in Mio. €)	in % des BIPs	ausstehendes Volumen an Mortgage Covered Bonds (in Mio. €)	in % des BIPs	überwiegende Refinanzierungsmittel
Dänemark	hoch	222.105	95,3	365.886	156,8	Pfandbriefe
Deutschland	gering	1.147.869	46,1	217.367	8,7	Pfandbriefe, Einlagen
Frankreich	mittel	700.800	35,9	119.092	6,1	Einlagen
Niederlande	mittel	589.532	99,1	20.977	3,5	Einlagen, (R)MBS
Polen	–	56.476	15,6	561	0,2	Einlagen
Spanien	mittel	674.434	62,0	315.055	28,8	Einlagen, Pfandbriefe
Vereinigtes Königreich	mittel	1.458.895	80,5	187.470	10,3	Einlagen, (R)MBS

Daten zu Kreditvolumen und ausstehendem Volumen an Mortgage Covered Bonds beziehen sich auf das Jahr 2008. Bei Mortgage Covered Bonds handelt es sich um Schuldverschreibungen, die durch Hypotheken besichert sind. (R)MBS sind (Residential) Mortgage Backed Securities.

Quellen: European Mortgage Federation (EMF), European Covered Bond Council (ECBC).

Die EU-Kommission verfolgt das Ziel, den Ausbau des europäischen Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen wie auch für die Wohnungsbaufinanzierung durch verschiedene Harmonisierungsmaßnahmen voranzutreiben. Allerdings bestehen zwischen den nationalen Märkten immer noch erhebliche Unterschiede in der Wohnungsbaufinanzierung. Ferner stellen grenzüberschreitende Wohnungsbaufinanzierungen in der EU weiterhin eine große Ausnahme dar. Die Studie untersucht vor diesem

Hintergrund, wie weitere Harmonisierungsabsichten aus ökonomischer Perspektive zu beurteilen sind und welche Hindernisse für einen integrierten Markt für die Wohnungsbaufinanzierung auftreten können.

### Nationale Eigenheiten

Der Fokus der Analyse liegt auf sieben Märkten, die für die EU weitgehend als repräsentativ gelten können – Dänemark, Deutschland, Frankreich, den

Niederlanden, Polen, Spanien und dem Vereinigten Königreich. Durch die Gegenüberstellung der einzelnen Märkte und ihrer Eigenschaften wird deutlich, dass Unterschiede nicht nur in den am Markt vorzufindenden Produkten zur Wohnungsbaufinanzierung und den Marktvolumina existieren. Vielmehr unterscheiden sich außerdem die Refinanzierungsgewohnheiten der Kreditgeber (siehe Tabelle). Darüber hinaus bestehen zwischen den Ländern erhebliche Differenzen in der steuerlichen Behandlung der Finanzierungskosten, in den staatlichen Förderungsmöglichkeiten von Wohneigentum sowie den allgemeinen juristischen Rahmenbedingungen auf den nationalen Immobilienmärkten.

Da die Strukturen historisch gewachsen sind und vielfach auch soziodemographische und gesellschaftliche Faktoren von Bedeutung sind, die sich

### IN DIESER AUSGABE

Wohnungsbaufinanzierung in Europa ... 1	1
Social Software-Nutzer sind innovativer .....	2
Unterschiedliche Lebenszufriedenheit von Paaren erhöht das Trennungsrisiko ... 3	3
Wirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auf Migranten .....	4
Verluste bei der Schließung junger Unternehmen – was treibt das Risiko? ... 5	5
Nachgefragt: Schuldenabbau in Europa – wie soll das gehen? .....	6
Zum Verbot ungedeckter Leerverkäufe und Kreditausfallversicherungenk .....	7
Mit Innovationen sicher aus der Krise ... 9	9
Publikationen .....	8, 10
Termine, ZEW intern .....	10
Daten und Fakten .....	11
Standpunkt .....	12

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

über harte Faktoren nur unzureichend abbilden lassen, wurden neben der vorliegenden Auswertung empirischer Daten zusätzlich Experteninterviews durchgeführt.

### Stagnierende Integration

Es wird deutlich, dass kein Markt als überlegen klassifiziert werden kann. Vielmehr weist jedes nationale System Vorzüge und Schwächen auf, wobei die Strukturen jeweils in einem weiteren nationalen Kontext zu sehen sind. Des Weiteren belegt die ökonomische Analyse nationaler Hypothekenzinssätze der Jahre 2003 bis 2006, dass der Integrationsgrad der einzelnen Märkte nicht gestiegen ist. Andererseits zeigen

die Ergebnisse allerdings auch, dass die um strukturelle Unterschiede und Risikodifferenzen adjustierten Zinssätze, sich absolut gesehen nur geringfügig unterscheiden und somit das Potenzial für weitere Zinsanpassungen in den Mitgliedsstaaten eher beschränkt sein dürfte.

### Keine Vollharmonisierung

Zusammenfassend ist auf Grund der nationalen Besonderheiten, der historisch gewachsenen und vielfach politisch bedingten nationalen Strukturen sowie der nationalen Verbraucherschutzgesetze von einer Vollharmonisierung der EU-weiten Märkte für die Wohnungsbaufinanzierung abzuraten

– insbesondere um negative Rückwirkungen auf die nationalen Märkte zu vermeiden.

Um dennoch den Systemwettbewerb auf den nationalen Märkten für die Wohnungsbaufinanzierung weiter zu erhöhen, den EU-weiten, grenzüberschreitenden Markt weiter voranzutreiben und die negativen Folgen einer Vollharmonisierung zu vermeiden, wird stattdessen empfohlen, in Koexistenz zu dem bereits national bestehenden Rechtsgefüge ein optionales europäisches Rechtsinstrument (Eurohypothek) zu implementieren. Dies könnte von einem verbesserten Zugang zu Kreditregistern flankiert werden.

*Dr. Felix Schindler, schindler@zew.de  
Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de*

## Social Software-Nutzer sind innovativer

*Der Nutzen von Social Software-Anwendungen wird kontrovers diskutiert. Die einen unterstellen, Wikis, Blogs oder soziale Onlinenetzwerke für Unternehmen würden die Beschäftigten von der Arbeit ablenken. Die anderen sehen Social Software als einen wichtigen Impulsgeber für den Unternehmenserfolg. Letzteres belegt eine Untersuchung am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. Sie zeigt, dass Dienstleistungsunternehmen, die Social Software-Anwendungen einsetzen, innovativer sind als Firmen, die dies nicht tun.*

Die Untersuchung (ZEW Discussion Paper Nr. 09-046) basiert auf Daten von 505 Informations- und Kommunikationsdienstleistern sowie wissensintensiven Dienstleistern zu denen Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Unternehmensberatungen, Architekturbüros, Unternehmen für technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung zählen.

### Verbessertes Wissensmanagement

Im Dienstleistungssektor bestehen Innovationen unter anderem in der Differenzierung des Angebots oder in der Erschließung neuer Kundengruppen und Marktsegmente. Da das Wissen,

auf das ein Unternehmen zugreifen kann, eine wesentliche Triebkraft für Innovationen ist, kommt genau hier das Potenzial von Wikis, Blogs oder sozialen Onlinenetzwerken zum Tragen. Diese Anwendungen werden von den Unternehmen vor allem im Wissensmanagement und bei der Vernetzung mit Kunden und Lieferanten eingesetzt. Social Software kann den Zugriff von Unternehmen auf internes und externes Wissen verbessern und sie dadurch in ihrer Innovationsaktivität unterstützen.

### Dienstleister kaum vertraut mit Social Software

Ein großer Teil der Dienstleistungsunternehmen, dies zeigen mehrere



*Unternehmen nutzen Social Software häufig zur Vernetzung mit Kunden und Lieferanten.*

Untersuchungen des ZEW aus dem Jahre 2009, ist allerdings noch nicht genug mit Social Software-Anwendungen vertraut, um diese produktiv zur Steigerung des Unternehmenserfolgs einsetzen zu können.

*Jenny Meyer, meyer@zew.de*

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Unterschiedliche Lebenszufriedenheit von Paaren erhöht das Trennungsrisiko

*Die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Paar trennt, steigt je unterschiedlicher die Lebenszufriedenheit beider Partner ist. Das Trennungsrisiko nimmt vor allem dann zu, wenn die Frau unzufriedener ist als der Mann. Dies belegt eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim.*

Um die Zufriedenheit beziehungsweise die Unterschiede in der Zufriedenheit zu messen, wertet die Studie Langzeitbefragungen deutscher, britischer und australischer Haushalte aus. Über einen Zeitraum von fast 25 Jahren hinweg ordneten die Befragten jedes Jahr ihre Lebenszufriedenheit auf einer Punkteskala ein (null Punkte = absolute

wohl als verheiratete als auch als Paare ohne Trauschein.

Es zeigt sich für alle drei Länder, dass das Trennungsrisiko für unzufriedenere Paare höher ist als für zufriedene – gemessen an der Summe der Zufriedenheit des Paares (Zufriedenheit des Partners plus Zufriedenheit der Partnerin). Dieses Ergebnis war zu er-

Zufriedenheit des Mannes bei zwei, die der Frau bei sechs Punkten, erreicht auch das zweite Paar eine Zufriedenheit von in Summe acht Punkten. Dennoch liegt beim zweiten Paar die Trennungswahrscheinlichkeit höher als beim ersten Paar, weil die Differenz der Zufriedenheit beider Partner größer ausfällt.

## Frauen reichen eher die Scheidung ein

Die Studie belegt darüber hinaus, dass sich ein Auseinanderklaffen der Lebenszufriedenheit von Partnern asymmetrisch auswirkt. So ist das Trennungsrisiko besonders hoch, wenn die Frau unzufriedener ist als der Mann. Tatsächlich zeigen verschiedene Datensätze, etwa die in der Studie verwendeten Informationen zu Australien, dass überwiegend Frauen die Scheidung einreichen und dass diese Frauen tendenziell unzufriedener sind als ihre Noch-Ehemänner.

Die ZEW-Berechnungen zeigen, dass der Zusammenhang zwischen Unterschieden in der Lebenszufriedenheit und dem Risiko einer Trennung auch in seiner Größenordnung bedeutsam ist. Liegt bei Paaren die Summe der Zufriedenheit (Zufriedenheit des Mannes plus Zufriedenheit der Frau) auf gleichem Niveau, so steigt die Trennungswahrscheinlichkeit für solche Paare um 0,5 Prozentpunkte an, bei denen die Frau unzufriedener ist als der Mann. Dies erscheint zwar wenig, ist aber in Beziehung zu setzen zum allgemeinen Trennungsrisiko. Jedes Jahr trennen sich etwa zwei Prozent der hier untersuchten, in einem Haushalt lebenden Paare. Bei Paaren, bei denen die Frau unzufriedener ist als der Mann, ist das Trennungsrisiko also um etwa 25 Prozent höher. Für unverheiratete Paare ist der Effekt noch etwas stärker.

*Holger Stichnoth, stichnoth@zew.de*



*Ist die Frau unzufriedener als der Mann, steigt das Risiko einer Trennung.*

Unzufriedenheit, zehn Punkte = volle Zufriedenheit). Dadurch lassen sich Unterschiede in der Lebenszufriedenheit zwischen den Partnern messen. Darüber hinaus geben die Haushaltsbefragungen Aufschluss unter anderem über das Einkommen der Partner, die Anzahl der Kinder, die berufliche Situation, die Aufgabenteilung im Haushalt oder bestimmte Wertvorstellungen der Partner.

Allein für Deutschland wurden Daten aus über 253 Tausend Befragungen ausgewertet. Einbezogen wurden Personen zwischen 18 und 65 Jahren, die mit einem Partner oder einer Partnerin im gleichen Haushalt leben, also so-

warten. Die ZEW-Studie geht aber darüber hinaus und weist nach, dass die Trennungswahrscheinlichkeit steigt, je stärker sich die Partner in ihrer Zufriedenheit unterscheiden. Dies gilt auch dann, wenn Paare eine gleiche Zufriedenheitssumme erreichen.

## Hohe Zufriedenheitsdifferenz

Liegt beispielsweise die Zufriedenheit des Mannes bei drei und die der Frau bei fünf Punkten auf der Skala, so erreicht das Paar eine Zufriedenheit von insgesamt acht Punkten. Die Zufriedenheitsdifferenz beider Partner beträgt zwei Punkte. Liegt bei einem zweiten Paar die

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Wirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auf Migranten

*Es ist bisher wenig darüber bekannt, wie sich arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auf die Arbeitsmarktchancen von Migranten auswirken. Eine aktuelle Studie des ZEW hat daher die Beschäftigungswirkungen von kurzen, außerbetrieblichen Trainingsmaßnahmen für Personen mit Migrationshintergrund untersucht.*

In Deutschland hatten im Jahr 2006 mehr als 34 Prozent aller ALG II-Beziehenden einen Migrationshintergrund, wohingegen der Anteil in der gesamten Bevölkerung lediglich 19,5 Prozent be-

Jahr 2006 in den ALG II-Bezug zugegangen sind, schätzt die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 10-021) die individuellen Beschäftigungswirkungen einer Teilnahme an den Trainingsmaß-



*Deutsche sowie ausländische Frauen profitieren von Eignungsfeststellungen der Job Center besonders.*

trug. Da die Bundesagentur für Arbeit (BA) abgesehen von Sprachkursen keine spezifisch auf die Bedürfnisse von Immigranten abgestimmten Aktivierungsinstrumente zur Wiederaufnahme eines Jobs anbietet, werden Personen mit Migrationshintergrund in gleicher Weise gefördert wie alle Grundsicherungsbezieher.

Eine besondere Bedeutung unter den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen haben dabei folgende Trainingsmaßnahmen: Maßnahmen zur Eignungsfeststellung für bestimmte Berufe, die Vermittlung von allgemeinen beruflichen Kenntnissen sowie Bewerbungstrainings und eine Kombination der drei Trainingselemente. Auf der Grundlage von Daten der BA zu jeweils 80.000 Immigranten und Deutschen ohne Migrationshintergrund, die im

nahmen. Die Ergebnisse der einheimischen Hilfebedürftigen dienen dem Vergleich der Wirkung zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund.

## Heterogene Wirkung

Die Resultate zeigen eine erhebliche Heterogenität bei der Wirkung der Maßnahmen. Eignungsfeststellungen erhöhen die Beschäftigungschancen signifikant. So steigt die Beschäftigungswahrscheinlichkeit für Frauen mit Migrationshintergrund ein Jahr nach Maßnahmebeginn um etwa fünf Prozentpunkte. Dies ist ein substanzieller Effekt, da die durchschnittliche Abgangswahrscheinlichkeit aus dem Bezug von ALG II über alle Personen bei etwa 25 Prozent liegt. Frauen ohne Migrationshintergrund gewinnen mit bis zu zehn Prozentpunkten

höheren Beschäftigungschancen aber noch deutlicher. Ebenso deutlich sind die Beschäftigungswirkungen von Eignungsfeststellungen auf Männer. Unabhängig vom Migrationshintergrund beträgt der Anstieg der Beschäftigungswahrscheinlichkeit ebenfalls bis zu zehn Prozentpunkte.

Auch die Vermittlung von allgemeinen beruflichen Kenntnissen erhöht die Beschäftigungschancen. Frauen mit Migrationshintergrund nutzt sie insbesondere dann, wenn sie gleich zu Beginn des ALG II-Bezuges gefördert werden. Die Beschäftigungswahrscheinlichkeit ein Jahr nach Maßnahmebeginn erhöht sich um fast 13 Prozentpunkte. Bei den Frauen ohne Migrationshintergrund sind es lediglich sechs Prozentpunkte. Für Männer ergibt sich ein umgekehrtes Bild: einheimische Hilfebedürftige profitieren stärker als Immigranten.

Bewerbungstrainings sind bei den Männern unabhängig vom Migrationshintergrund ohne signifikante Wirkung. Frauen ohne Migrationshintergrund ziehen einen positiven Nutzen aus dieser Maßnahme, wohingegen die Beschäftigungschancen von Migrantinnen im ersten halben Jahr nach Maßnahmebeginn negativ beeinflusst werden. Nahezu keine Beschäftigungswirkungen zeigen Maßnahmekombinationen unabhängig von der betrachteten Personengruppe.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass Eignungsfeststellungen und Vermittlungskurse unabhängig vom Migrationshintergrund ein wirksames Instrument im Hinblick auf den Übergang in reguläre Beschäftigung darstellen. Jedoch erfordert die festgestellte Wirkungsheterogenität eine kritische Überprüfung der eingesetzten Bewerbungstrainings und Maßnahmekombinationen.

*Thomas Walter, walter@zew.de  
Alisher Aldashev, Kazakh-British Technical University  
Stephan L. Thomsen, Universität Magdeburg*

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Verluste bei der Schließung junger Unternehmen – was treibt das Risiko?

*Fast 40 Prozent der neuen Unternehmen in Deutschland überstehen die ersten fünf Jahre am Markt nicht. Sie schließen. Mit dieser hohen Schließungsrate geht ein finanzielles Risiko für diejenigen einher, die finanzielle Mittel für die Gründung bereitgestellt haben. Eine aktuelle Studie des ZEW untersucht empirisch, wie sich unterschiedliche Gründe einer Unternehmensschließung auf das Risiko für verschiedene Kapitalgeber der Gründung auswirken, einen finanziellen Verlust zu erleiden.*

Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 10-26) unterscheidet drei Gruppen von Kapitalgebern, die Gefahr laufen, Geld durch die Schließung eines Start-ups zu verlieren. Zum einen sind dies die Gründer selbst, zum zweiten private

gentümern, eine Gründerperson nahm eine abhängige Beschäftigung auf, eine Gründerperson widmete sich einer anderen selbstständigen Tätigkeit, eine Gründerperson wechselte in den Ruhestand sowie private und sonstige Grün-

luste für die Gründer um zwölf Prozent. Die Berechnungen des ZEW zeigen ferner, dass sich das Verlustrisiko für die Gründer deutlich reduziert, wenn das Unternehmen geschlossen wird, weil die Gründer in den Ruhestand wechseln.

## Verluste drohen vor allem bei Insolvenzen

Auch für Finanzinstitute und sonstige Gläubiger zeigt sich ein erhöhtes Verlustrisiko, wenn das Start-up aufgrund einer hohen Verschuldung schließt. Für Finanzinstitute steigt die Wahrscheinlichkeit, Verluste zu erleiden, dann um 17 Prozent, für sonstige Gläubiger sogar um 20 Prozent. Geht ein Unternehmen wegen Liquiditätsproblemen vom Markt, erhöht sich das Verlustrisiko für Finanzinstitute um 13, für andere Gläubiger um 20 Prozent. Ist die Unternehmensaufgabe einer Insolvenz geschuldet, steigt die Wahrscheinlichkeit des finanziellen Verlusts für Finanzinstitute um 17, für sonstige Gläubiger um 24 Prozent.

Ein sinkendes Verlustrisiko zeigt sich dagegen für Finanzinstitute sowie sonstige Gläubiger, wenn die Gründung aus der Erkenntnis heraus geschlossen wird, dass das Geschäft langfristig nicht profitabel sein wird. Dies trifft ebenfalls zu, wenn die Gründung aufgegeben wird, weil der Gründer mit einem neuen Unternehmen an den Markt gehen möchte. Im ersten Fall mag das geringe Verlustrisiko darin begründet sein, dass die Schließung zu einem relativ frühen Zeitpunkt geschieht, hohe Verluste und Schulden also noch nicht eingefahren wurden. Im zweiten Fall mag das geringe Verlustrisiko darauf zurückgehen, dass die Gründerpersonen für das nächste Gründungsprojekt auf gute Geschäftsbeziehungen zu ihren Gläubigern angewiesen sind.

*Dr. Georg Metzger, metzger@zew.de*



*Geht ein Start-up vom Markt, drohen finanzielle Verluste für Gründer, Finanzinstitute und sonstige Gläubiger.*

und öffentliche Finanzinstitute und schließlich die Gruppe der sonstigen Gläubiger, etwa Lieferanten oder Geschäftspartner, die beispielsweise in Vorleistung getreten sind.

Die Studie basiert auf Daten der ZEW Gründerstudie der Jahre 1999 und 2000, bei der insgesamt 3.000 Start-ups in Deutschland befragt wurden. Davon waren 835 Unternehmen zum Erhebungszeitpunkt bereits wieder geschlossen. 539 dieser Unternehmen gaben an, dass es bei der Schließung finanzielle Verluste gab. Folgende Gründe für die Unternehmensschließung können unterschieden werden: der Geschäftsbetrieb lohnte sich langfristig nicht, Liquiditätsschwierigkeiten, hohe Schulden, Uneinigkeiten unter den Ei-

de. Zusätzlich wird beobachtet, ob ein Unternehmen offiziell die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragte.

## Hohes Verlustrisiko für Gründer

Die ökonometrischen Analysen des ZEW zeigen, dass bei folgenden Schließungsgründen ein erhöhtes Risiko des finanziellen Verlusts für die Gründer besteht: Die Wahrscheinlichkeit, dass Gründer bei der Unternehmensschließung Verluste erleiden, steigt um 31 Prozent, wenn die Schließung wegen Liquiditätsproblemen erfolgt und um 24 Prozent bei der Schließung wegen einer hohen Verschuldung. Bei einem beantragten Insolvenzverfahren steigt die Wahrscheinlichkeit finanzieller Ver-

Nachgefragt: Schuldenabbau in Europa – wie soll das gehen?

## Die Krise begünstigt das Sparen

*Nicht nur in Griechenland ist die Staatskasse klamm. Fast alle Länder der Europäischen Union werden in diesem Jahr steigende Staatsdefizite verzeichnen. Deutschland ist da keine Ausnahme. Was muss die Politik tun, um die hohe Staatsverschuldung abzubauen? Dr. Friedrich Heinemann, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft am ZEW, legt dar, welche Schritte Deutschland und andere Länder unternehmen müssen, um ihre Haushalte nachhaltig zu konsolidieren.*

**Der deutsche Fiskus nimmt in den Jahren 2010 bis 2013 voraussichtlich fast 40 Milliarden Euro weniger ein, so wird geschätzt, als noch vor einem Jahr erwartet. Zusätzlich schreibt die „Schuldenbremse“ im Grundgesetz fest, dass im Jahr 2011 erstmals ein Konsolidierungsbetrag von etwa sechs Milliarden Euro eingespart werden muss. Wo kann die Bundesregierung sparen?**

Der Bundeshaushalt ist über seine Zahlungen an Renten- und Krankenversicherung fest im Griff der sozialen Sicherungssysteme. Die nächste Gesundheitsreform hat von daher eine handfeste Konsolidierungsdimension: Die Effizienzreserven des Gesundheitssystems müssen auch deshalb realisiert werden, weil sich nur so die Belastungen für den Bundeshaushalt begrenzen lassen. Außerdem muss von weiteren Geschenken und Garantien für die Rentner abgesehen werden. Am Arbeitsmarkt muss alles dafür getan werden, dass die günstige Arbeitsmarktentwicklung nicht durch neue Regulierung, wie etwa Zeitarbeit oder Mindestlöhne, ge-

fährdet wird. Eine weiterhin marktfreundliche Arbeitsmarktpolitik ist ein wichtiger indirekter Konsolidierungsbeitrag. Ansonsten gilt bei allen Sparbemühungen, dass genau zu überprüfen ist, welche Ausgaben einen investiven Charakter haben und für Wirtschaftswachstum wichtig sind. Diese gilt es zu verschonen, weil die Budgetkonsolidierung ohne Wachstum nicht gelingen kann. Aber auch im investiven Bereich ist jedes Projekt auf seine erwartete gesamtwirtschaftliche Rendite zu überprüfen. Das Label „investiv“ darf kein Freibrief zum Geldausgeben sein.

**Müssen zusätzlich die Steuern erhöht werden, um das deutsche Staatsdefizit abzubauen?**

Viel wäre gewonnen, wenn zunächst einmal Steuervergünstigungen verringert würden. Auf den ersten Blick besteht kein großer Unterschied zwischen einer Steuererhöhung und dem Abbau einer Steuervergünstigung, die für die Betroffenen mit höheren Steuern einhergeht. Schaut man genauer hin, hat die Beseitigung einer Steuervergünstigung

aber oft den Vorteil, dass schädliche allokativen Verzerrungen beseitigt werden. Dies gilt etwa für den viel zu weiten Anwendungsbereich des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes. Hier ist durch eine Ausweitung des Normalsatzes viel zu holen.

**Welche Steuern kämen für eine Erhöhung in Frage?**

Wenn es nicht gelingt, Ausgaben und Steuervergünstigungen in ausreichendem Umfang zu verringern, dann müssen zusätzlich Abgabenerhöhungen kommen. Dabei dürfen möglichst keine neuen Anreize zur Flucht in die Schattenwirtschaft gesetzt werden. Dieser Aspekt spricht gegen die Erhöhung von Sozialabgaben und der Einkommensteuer im Bereich normaler Arbeitnehmerinkommen. Ebenso darf die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts nicht leiden. Dies spricht gegen die Anhebung von Körperschaftsteuern und Einkommensteuern auf hohe Einkommen. Letztendlich ist daher erneut eine höhere Mehrwertsteuer eine mögliche Lösung. Auch im Bereich der Erbschaftsteuer sind moderat höhere Belastungen vorstellbar.

**Wäre eine Börsenumsatzsteuer zur Entlastung hoch verschuldeter Staaten nicht am besten geeignet?**

Man sollte nicht allzu viel Hoffnung in die fiskalische Ergiebigkeit von Finanztransaktionssteuern setzen. Die Steuerbasis ist hochmobil. Insofern ist allenfalls eine sehr niedrige Höhe der Steuer vorstellbar, will man die zu Grunde liegenden Transaktionen nicht in andere Finanzplätze vertreiben.

**Gibt es Staaten, die einen erfolgreichen Konsolidierungskurs eingeschlagen haben? Was kann man von ihnen lernen?**

Es hat in der europäischen Nachkriegsgeschichte immer wieder Länder gegeben, die ganz erstaunliche Konsolidierungsleistungen vollbracht haben,



**Dr. Friedrich Heinemann** ist seit 2005 Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ am ZEW. Seine Forschungsschwerpunkte sind Fragestellungen des Fiskalwettbewerbs und Föderalismus in Europa. Darüber hinaus untersucht Heinemann die Determinanten von Reformprozessen. Neben seinem Engagement in verschiedenen wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften ist Heinemann unter anderem Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. und Mitglied im Wissenschaftlichen Direktorium des Instituts für Europäische Politik, Berlin.

Foto: ZEW

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

so etwa die Skandinavien zu Beginn der 1990er Jahre. Länder, die zur Senkung ihrer Defizite auf eine Kürzung von konsumtiven Staatsausgaben gesetzt haben, erzielen am ehesten einen nachhaltigen Konsolidierungserfolg. Investitionskürzungen zahlen sich nicht aus, weil sie zu Wachstumsverlusten führen oder die Einsparungen zu höheren Folgekosten in der Zukunft führen.

#### Sind harte Sparmaßnahmen politisch durchsetzbar?

Die Chancen für politische Akzeptanz stehen besser als sonst. Wir wissen aus der Geschichte der europäischen Fiskalpolitik, dass harte Einschnitte am ehesten in einer Krisensitua-

tion gelingen. Eine Krise vermittelt die Wahrnehmung, dass es ohnehin nicht so weitergehen kann wie bisher. In einer solchen Situation wird es plötzlich unpopulär, für den Status quo einzutreten und die Reformer erlangen wachsenden Einfluss. Niemand weiß genau, ob das griechische Konsolidierungsprogramm am Ende die Kreditwürdigkeit des Landes wiederherstellen können. Ohne Zweifel gilt aber, dass das Konsolidierungs- und Reformprogramm des Landes umfassend ist und ohne Krise niemals vorstellbar gewesen wäre.

Hinzu kommt in ganz Europa, dass die Vertrauenskrise um die europä-

sche Verschuldung die Grenzen des Kapitalmarktzugangs für den Fiskus aufzeigt. Bislang lebten Finanzpolitiker aller politischen Couleur im naiven Glauben, dass die Märkte Staatsanleihen in beliebigem Umfang absorbieren könnten. Dieser Glaube ist dahin und das ist eigentlich nicht schlecht. Die drohende Sanktion, bei ausufernden Defiziten den Zugang zum Kapitalmarkt schon bald zu verlieren, wird die Bereitschaft zum Sparen beflügeln, wo sonst Regeln wie die des Europäischen Stabilitätspakts versagt haben.

*Dr. Friedrich Heinemann,  
heinemann@zew.de*

*Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de*

## Zum Verbot ungedeckter Leerverkäufe und Kreditausfallversicherungen

*Der spekulative Einsatz in Form so genannter ungedeckter Leerverkäufe ist für ausgewählte Aktien und Staatsanleihen aus dem Eurogebiet seit dem 19. Mai 2010 in Deutschland verboten, ebenso der Kauf ungedeckter Credit Default Swaps (CDS). Ein Entwurf des Bundesfinanzministeriums (BMF) sieht noch weiter gehende Maßnahmen wie das Verbot von ungedeckten Leerverkäufen auf alle in Deutschland an Börsen gehandelten Aktien vor. Wie sind solche Verbote zu bewerten?*

Leerverkäufe von Wertpapieren und Kreditausfallversicherungen in Form von Credit Default Swaps (CDS) sind in der Finanzkrise sowie der jetzigen Verschuldungskrise starker Kritik ausgesetzt. Denn sie stehen im Verdacht, von Spekulanten gezielt zu Kursmanipulationen genutzt worden zu sein. Bei Leerverkäufen werden Wertpapiere, die entweder nicht im Besitz des Verkäufers sind (ungedechte Leerverkäufe) oder die er geliehen hat (gedeckte Leerverkäufe) verkauft. Dies dient dazu, von fallenden Kursen zu profitieren. CDS sind spezielle Kreditausfallversicherungen in Form bilateraler Verträge, die nicht an der Börse gehandelt werden. Ungedechte CDS liegen dann vor, wenn der Käufer eines CDS, das Wertpapier, zu dessen Absi-

cherung der CDS dient, nicht besitzt. Grundsätzlich lassen sich Leerverkäufe und CDS sowohl zur Absicherung der Risiken bestehender Kapitalanlagen als auch zur Spekulation einsetzen. Der Nutzen von Absicherungsgeschäften ist unbestritten, aber auch der Einsatz für spekulative Zwecke erfüllt im Allgemeinen einen nützlichen Effekt für den Kapitalmarkt, indem sie die Liquidität des Marktes erhöhen und Preisblasen entgegenwirken können.

#### Drohende Abwärtsspirale

Leerverkäufe sind jedoch auch problematisch. Mit massiven Leerverkäufen zum Beispiel von Aktien eines Unternehmens kann der Aktienkurs

stark unter den fundamental fairen Wert gedrückt werden. Von einer – möglicherweise noch durch gezielt gestreute Gerüchte – ausgelösten zeitweisen Abwärtsspirale können mit zuvor durchgeführten Leerverkäufen große Gewinne erzielt werden. Negative Folgen ergeben sich für die Aktionäre dieses Unternehmens und das Unternehmen selbst. Die Funktionsweise des gesamten Aktienmarktes kann ebenfalls beeinträchtigt werden, zum Beispiel dann, wenn, wie in der Finanzkrise befürchtet, die Aktien von Banken und Versicherungen in einer Abwärtsspirale panikartig verkauft werden. Ungedechte Leerverkäufe machen eine abwärtsgerichtete Spekulation besonders einfach, da hierbei der Verkäufer die Aktien noch nicht einmal ausgeliehen hat, sondern nur das Versprechen einer zukünftigen Lieferung veräußert.

Das Bundesamt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat während der Finanzkrise zu Recht ungedeckte Leerverkäufe von einigen besonders

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

exponierten und systemrelevanten Banken und Versicherungsunternehmen, wie etwa Deutsche Bank und Allianz, untersagt.

### Gefahr der Systemkrise

Diese sehr selektiv vorgenommene Einschränkung von Leerverkäufen war sicherlich nützlich, um eine exzessive Spekulation gegen diese ausgewählten Unternehmen einzudämmen. Gegenwärtig scheint sie jedoch nicht notwendig zu sein, da die schlimmsten Phasen der Finanzkrise inzwischen überstanden sind und die Wahrscheinlichkeit einer Systemkrise wieder gesunken ist. Die noch wesentlich weiter gehenden Verbote, die im aktuellen Entwurf des BMF angesprochen werden, sind noch schwerer zu begründen, da von einer Systemrelevanz in Bezug auf das Finanzsystem bei Aktien außerhalb des klar umrissenen Finanzsektors keine Rede sein kann.

### Späte Reaktion der Rating-Agenturen

Noch ungünstiger ist das Verbot ungedeckter Leerverkäufe von Staatsanleihen aus dem Eurogebiet und des

Kaufs ungedeckter CDS einzuschätzen. Die sehr hohen Risikoprämien, die Griechenland vor dem Beschluss über den EU-Notfallplan zu zahlen hatte, waren durchaus angemessen. Wann, wenn

baren Belege dafür, dass Spekulanten die Schuldenkrise Griechenlands verschärft haben, sie reagierten viel eher auf die schlechteren wirtschaftlichen Aussichten. Die Einschränkungen des



Das Bundesfinanzministerium plant, ungedeckte Leerverkäufe für alle in Deutschland gehandelten Aktien und Derivate zu verbieten.

nicht kurz vor einem Staatskonkurs sollen denn die geforderten Risikoprämien hoch sein? Kritisch zu sehen ist eher, dass der Kapitalmarkt und die Ratingagenturen erst relativ spät zu einer ungünstigeren Bewertung der Ausfallrisiken griechischer Staatsanleihen gekommen sind. Es gibt keine belast-

Einsetzung von CDS und das Verbot von Leerverkäufen von Staatsanleihen ist daher nicht angemessen, da dies den wirtschaftlich sinnvollen Transfer von Kreditausfallrisiken unnötigerweise erschwert.

Angemessen wäre es jedoch, den Markt für CDS transparenter zu machen und die Standardisierung zu erhöhen. Dies könnte dadurch unterstützt werden, dass eine Clearingstelle für CDS eingerichtet und für standardisierte CDS ein Börsenhandel eingeführt wird.

## ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Christoph Spengel, Katharina Finke, Benedikt Zinn

### Bedeutung der Substanzbesteuerung in Deutschland

Nach der zeitweiligen Abkehr von der direkten Substanzbesteuerung ergibt sich im Zuge der letzten Reformen der deutschen Unternehmensbesteuerung durch Verbreiterung der ertragssteuerlichen Bemessungsgrundlage bei gleichzeitiger Senkung der tariflichen Steuersätze eine erneute Hinwendung zur indirekten Substanzbesteuerung. Indem zunehmend ertragsunabhängige Elemente zur Besteuerung herangezogen werden, steigt vor dem Hintergrund rückläufiger Erträge der Unternehmen die Gefahr, dass Steuerzuzahlungen aus der Vermögenssubstanz der Unternehmen zu entrichten sind und die Liquidität von Investoren stark belastet wird. Das Buch analysiert und quantifiziert den Einfluss der Substanzbesteuerung in Deutschland. Grundlage hierfür bildet eine umfassende qualitative Analyse der Entwicklungen der Unternehmensbesteuerung in Deutschland von 1990 bis 2009. Dabei werden die Krisenanfälligkeit und Reformbedürftigkeit des deutschen Unternehmensbesteuerungssystems verdeutlicht und mittel- und langfristige Reformvorschläge entwickelt.

ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 96, Nomos-Verlag 2010, ISBN 978-3-8329-5591-5

### Handwerklicher Fehler

Doch selbst dann, wenn das Verbot ungedeckter Leerverkäufe und der Kauf ungedeckter CDS angemessen wäre, ist ein nur für Deutschland geltendes Verbot ein handwerklicher Fehler, denn das Verbot kann leicht durch entsprechende Transaktionen im Ausland umgangen werden. Sofern das Verbot nur auf Deutschland beschränkt bleibt, handelt es sich im Wesentlichen um eine symbolische Aktion. Diese schadet, sofern sie überhaupt eine reale Wirkung hat, nur dem deutschen Finanzplatz.

PD Dr. Michael Schröder, [schroeder@zew.de](mailto:schroeder@zew.de)

# Mit Innovationen aus der Krise

Ende April 2010 fand erstmalig das „Mannheimer Innovationssymposium“ am ZEW statt. Es brachte Experten aus Unternehmen, Unternehmensberatung, Wirtschaftsförderung und Wissenschaft zusammen, um aktuelle Themen des Innovationsmanagements zu diskutieren. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie Innovationsideen gefunden und bewertet werden können.

Im ersten Plenumsvortrag stellte Dr. Georg Licht, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung, die Innovationsforschung am ZEW vor. Licht betonte, dass Innovationen eine wesentliche Quelle für das Wachs-

Dr. Thomas Weber von der BASF Future Business GmbH hob die Bedeutung von offenen Innovationsprozessen hervor, um grundlegend neue Innovationen außerhalb der etablierten Geschäftsfelder zu entwickeln. Gerade in großen Unternehmen sei es zielführend, solche

und Wirtschaft in der Metropolregion Rhein-Neckar und koordiniert den Spitzencluster „Forum Organic Electronics“. Für die Entwicklung grundlegend neuer Technologien, die das Potenzial haben, völlig neue Märkte zu schaffen, sei die Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus unterschiedlichen Branchen und Disziplinen unverzichtbar, stellte Schweizer heraus. Die Herausforderung bestehe darin, die Potenziale neuer Anwendungsfelder, die sich durch neue Technologien ergäben, frühzeitig zu erkennen und durch die Schaffung neuer unternehmerischer Strukturen wie etwa gemeinsamer Spin-offs umzusetzen.

## Allgemeingültige Rezepte gibt es nicht

In verschiedenen Workshops am Nachmittag wurde diskutiert, wie global agierende Unternehmen Innovationsimpulse aus aller Welt nutzen können, wie Mittelständler schnell und sicher zu Innovationen kommen, und wie die Zusammenarbeit in Innovationsprojekten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft fruchtbare Ergebnisse bringt. Eingeleitet wurden die Workshops durch Impulsreferate von Praktikern. Die Diskussionen zeigten, dass sowohl bei mittelständischen Unternehmen wie bei international tätigen Großunternehmen eine Vielfalt an Methoden zur Identifizierung, Bewertung und Auswahl von Innovationsideen angewendet wird. Auf ein professionelles Innovationsmanagement kann heutzutage kaum ein Unternehmen mehr verzichten. Und auch die Nutzung von Kooperationen mit der Wissenschaft ist weit verbreitet. Einheitsrezepte oder allgemeingültige „best practices“ gibt es allerdings nicht. Hierfür sind die Rahmenbedingungen bei Technologie und Wettbewerb in den einzelnen Branchen zu unterschiedlich.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



In verschiedenen Workshops diskutierten die Teilnehmer des Mannheimer Innovationssymposiums unter anderem über Möglichkeiten, Ideen für Innovationen zu finden.

tum von Unternehmen seien. Dies zeige etwa das Mannheimer Innovationspanel, eine vom ZEW jährlich durchgeführte repräsentative Erhebung der Innovationsaktivitäten von Unternehmen in Deutschland. Aus den zahlreichen Untersuchungen des ZEW zu den Erfolgsfaktoren von Innovationen leitete Licht drei zentrale Themen ab, die den inhaltlichen Rahmen für die weiteren Vorträge und Workshops bildeten: Erstens ein Innovationsmanagement, das interne Ressourcen mobilisiert und wenig aussichtsreiche Projekte rechtzeitig stoppt, zweitens die richtige Integration der Kunden in den Innovationsprozess, und drittens Kooperationen mit externen Partnern kombiniert mit einem effektiven Einsatz von Schutzrechten.

Prozesse in einem eigenen organisatorischen Rahmen umzusetzen, sagte Weber. Die BASF Future Business fungiere dabei als eine Art Wagniskapitalgeber. Sie bewertet neue Ideen, finanziert die Umsetzung aussichtsreicher Ideen in marktfähige Produkte und bringt diese in geeigneter Form auf den Markt.

## Innovation als permanente Herausforderung

Der Vernetzung verschiedener Akteure als Voraussetzung für komplexe Innovationen widmete sich Bernhard Schweizer, Geschäftsführer der InnovationLab GmbH aus Heidelberg. InnovationLab ist die gemeinsame Forschungs- und Transferplattform von Wissenschaft

## TERMINE

### ■ Zweite ReCapNet Konferenz: Immobilienmärkte und Kapitalmärkte

Am 11. und 12. Oktober 2010 findet die zweite interdisziplinäre Konferenz des Leibniz-Netzwerks Immobilien und Kapitalmärkte (ReCapNet) statt. ReCapNet hat sich zum Ziel gesetzt, die Konsequenzen der wachsenden Bedeutung der Kapitalmarktfinanzierung für die Immobilienmärkte zu untersuchen. Zentrale Themen der Konferenz werden unter anderem die Verflechtung von Immobilienmärkten und Kapitalmärkten sein, die Regulierung von Kapitalmarktinstrumenten des Immobilienmarktes sowie Fragen der Stadtentwicklung und neuer Eigentumsstrukturen auf dem Wohnungsmarkt. Papers können bis zum 31. Juli 2010 eingereicht werden.

*Nähere Informationen unter [www.recapnet.org](http://www.recapnet.org)*

### ■ Konferenz zur steuerpolitischen Entscheidungsfindung

Vom 14. bis 15. Oktober 2010 veranstaltet das ZEW eine Konferenz zur steuerpolitischen Entscheidungsfindung. Vor dem Hintergrund der Diskrepanz zwischen einer Steuerpolitik, die von der normativen Steuertheorie empfohlen wird, und den tatsächlichen steuerpolitischen Entscheidungen diskutiert die Konferenz unter anderem, wie Wähler ihre steuerpolitischen Präferenzen bilden, wie politische Vertreter auf diese Präferenzen reagieren und welche Faktoren neben dem Willen der Bürger auf die die steuerpolitischen Entscheidungen einwirken. Papers können bis zum 15. Juli 2010 eingereicht werden.

*Nähere Informationen unter [www.zew.de/taxpolicy2010](http://www.zew.de/taxpolicy2010)*

## ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 10-027, Stephan Lothar Thomsen, Thomas Walter: Temporary Extra Jobs for Immigrants: Merging Lane to Employment or Dead-End Road in Welfare?

Nr. 10-026, Georg Metzger: Business Closure and Financial Loss: Who Foots the Bill? Evidence from German Small Business Closures.

Nr. 10-025, Elisabeth Müller, Frank Reize: Loan Availability and Investment – Can Innovative Companies Better Cope with Loan Denials?

Nr. 10-024, Jan Hogrefe, Marcus Kappeler: The Labour Share of Income: Heterogeneous Causes for Parallel Movements?

Nr. 10-023, Jan Hogrefe, Benjamin Jung, Wilhelm Kohler: Readdressing the Trade Effect of the Euro: Allowing for Currency Misalignment.

Nr. 10-022, Franz Hackl, Michael Kummer, Rudolf Winter-Ebmer: 99 Cent – Price Points in E-Commerce.

## ZEW INTERN

### ZEW Jahresbericht 2009 erschienen

Vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise konnte das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) seine Ertragssituation im Geschäftsjahr 2009 stabil halten. Die Gesamterträge des Instituts gingen zwar leicht auf 15,09 Millionen Euro zurück. Der Drittmittelanteil trug jedoch wie im Vorjahr mit gut 40 Prozent zur Finanzierung des ZEW bei. Darüber hinaus konnte das ZEW im vergangenen Jahr seine Vernetzung über zahlreiche Forschungsnetzwerke und Kooperationen mit Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen – insbesondere in China und den Vereinigten Staaten – vorantreiben. So waren 2009 beispielsweise über 250 ausländische Wissenschaftler aus 32 Ländern am ZEW zu Gast.

*Sie finden den neuen Jahresbericht unter: [www.zew.de/jahresbericht](http://www.zew.de/jahresbericht)*

### ■ Baden-Württemberg fördert Spitzenforschung am ZEW

Um die wirtschaftswissenschaftliche Spitzenforschung zu stärken, finanziert die Landesregierung von Baden-Württemberg ein „Leuchtturmprojekt“ am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Insgesamt drei Millionen Euro fließen in den Jahren 2010/2011 in das Forschungsprogramm „Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies“ (SEEK).

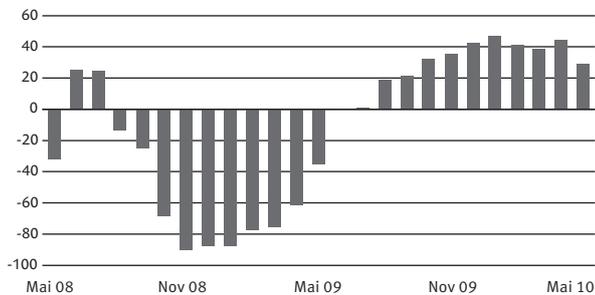
Durch das SEEK-Programm erhält die anwendungsorientierte Forschungsarbeit des ZEW in den kommenden Jahren einen kräftigen Schub. Mit den Erkenntnissen aus SEEK möchte das ZEW dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der immer stärker wissensbasierten Volkswirtschaften in Europa zu steigern.

### ■ Professor Franz mit Heinrich-Hertz-Gastprofessur ausgezeichnet

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim und Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, wurde mit der Heinrich-Hertz-Gastprofessur ausgezeichnet. Sie wird jährlich von der Karlsruher Universitätsgesellschaft und dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) an Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik für herausragende Leistungen für Forschung und Gesellschaft verliehen. Die Gastprofessur erinnert an den bedeutenden Physiker Heinrich Hertz, den Entdecker der elektromagnetischen Wellen. Im Rahmen der Gastprofessur hielt Professor Franz im Mai 2010 zwei öffentliche Vorlesungen am KIT Karlsruhe. Er sprach über die wirtschaftspolitischen Herausforderungen für die nächsten Jahre sowie über die Perspektiven der wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland.

DATEN UND FAKTEN

### ZEW-Finanzmarkttest im Mai 2010

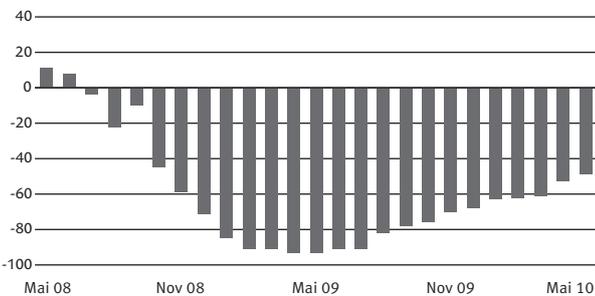


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

#### EZB: Experten erwarten unverändertes Zinsniveau

Im Vergleich zum Vormonat ist es aus Sicht der Finanzmarktexperten im Mai weniger wahrscheinlich geworden, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen auf Sicht von einem halben Jahr erhöhen wird. Zwei Drittel der Experten gehen davon aus, dass die EZB das kurzfristige Zinsniveau unverändert lässt. Dies mag damit zusammenhängen, dass sich die Inflationsgefahren trotz Abwertung des Euros nicht merklich erhöht haben: Knapp die Hälfte der Befragten rechnet mit einem in etwa gleichbleibenden Inflationsniveau.

Christian D. Dick, dick@zew.de



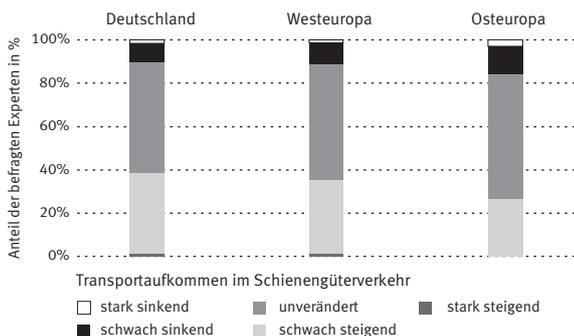
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der aktuellen konjunkturellen Lage im Euroraum. Quelle: ZEW

#### Euroraum: Diskrepanz bei wirtschaftlicher Lage

Die Finanzmärkte haben die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone sowie die ausgeprägten Staatsdefizite einiger EU-Mitgliedsstaaten ins Visier genommen. Auch die Finanzmarktexperten differenzieren stark zwischen der wirtschaftlichen Lage in Deutschland und in der Eurozone: Während die Lageeinschätzung für Deutschland mit minus 21,6 Punkten so gut ist wie seit dem Zusammenbruch der Lehman-Bank im September 2008 nicht mehr, befindet sich der entsprechende Indikator für die Eurozone bei minus 48,5.

Christian D. Dick, dick@zew.de

### Stabile Aussichten im Schienengüterverkehr

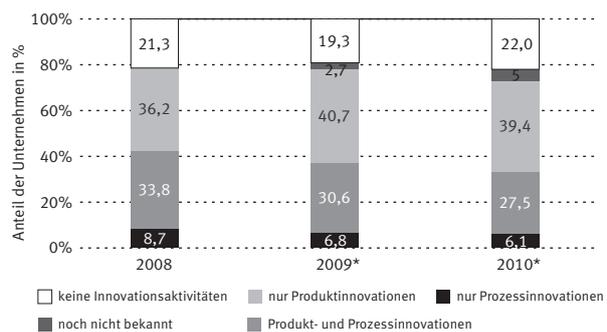


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW sind für die Entwicklung des Transportaufkommens im Schienengüterverkehr im nächsten halben Jahr zuversichtlich. Sie erwarten mehrheitlich, dass die Transportmengen im Schienengüterverkehr stabil bleiben. Rund ein Drittel – im Osteuropaverkehr gut ein Viertel – der Experten rechnet sogar mit einem leichten Anstieg des Transportaufkommens. Entsprechend gehen rund zwei Drittel von stabilen Preisen für dieses Verkehrsegment aus. Die übrigen gehen eher von einem schwachen Preisanstieg aus als von einem Rückgang der Preise.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

### Deutsche Elektroindustrie bleibt auf Innovationskurs



\* Plandaten vom Frühjahr/Sommer 2009. Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Unternehmen der deutschen Elektroindustrie haben 2009 trotz Wirtschaftskrise ihre hohe Innovationsorientierung beibehalten. 78 Prozent der Unternehmen planen für 2009 die Durchführung von Produkt- oder Prozessinnovationsprojekten, nach 79 Prozent im Vorjahr. Weitere drei Prozent waren sich zum Befragungszeitpunkt (Frühjahr/Sommer 2009) noch unsicher. Produktinnovationsaktivitäten gewinnen an Bedeutung, während weniger Unternehmen auf Prozessinnovationen setzen. Für 2010 ist ein leichter Rückgang der Innovationsbeteiligung auf 73 bis 77 Prozent zu erwarten.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

## STANDPUNKT



## Kopfprämie

Gegen das Konzept einer Gesundheitsprämie, also einem einheitlichen Eurobetrag für alle Beitragspflichtigen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), findet derzeit ein Kesselreiben in Form von ideologisch

motivierten Vorbehalten und gezielten Desinformationskampagnen statt. Das beginnt bereits mit der Bezeichnung „Kopfprämie“, welche die Nähe zu Wildwest-Verhaltensweisen suggeriert. Das negative Urteil vieler Leute steht dann vollends fest, wenn ohne Umschweife darauf hingewiesen wird, dass dann der Chefarzt genauso viel zahle wie die Krankenschwester. Es scheint unendlich schwer vermittelbar zu sein, dass im Gegenteil eine Gesundheitsprämie die Ungerechtigkeiten des gegenwärtigen Finanzierungssystems der GKV beseitigt. Gerade die Politiker, welchen die Umverteilung von oben nach unten besonders am Herzen liegt, müssten die Gesundheitsprämie eigentlich mit Nachdruck einfordern.

Bleiben wir einen Moment bei dem Chefarzt und der Krankenschwester. Die Realität sieht wie folgt aus. Erstens ist der Chefarzt vermutlich nicht in der GKV, sondern Mitglied einer Privaten Krankenversicherung (PKV). Die viel beschworene Solidarität in der GKV findet also unmittelbar ohne ihn statt, mittelbar höchstens dadurch, dass er mit seinen Steuerzahlungen den Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds mitfinanziert. Angesichts von rund 8,7 Millionen Privatversicherten (im Jahr 2007), das sind mehr als 10 v. H. aller Krankenversicherten, ist es mit der Solidarität so weit mithin nicht her. Aber die Geschichte geht noch weiter.

Zweitens, angenommen, der Chefarzt sei gleichwohl Mitglied der GKV- vielleicht weil seine Familie sehr groß und ihm die PKV deshalb zu teuer ist. Denn bei der PKV müsste er für jedes Familienmitglied einen Beitrag entrichten, während die nicht berufstätige Ehefrau sowie seine zahlreichen Kinder in der GKV praktisch beitragsfrei mitversichert sind. Drittens gibt es die Beitragsbemessungsgrenze in Höhe von monatlich 3.750 Euro. Unterhalb dieser Grenze wird der volle Beitragsatz von aktuell 14,9 v. H. für die Krankenschwester fällig.

Der Chefarzt hingegen entrichtet diesen Satz maximal nur auf die 3.750 Euro. Bezogen auf sein volles Gehalt als Chefarzt zahlt der Chefarzt also weniger in die GKV ein als die Krankenschwester. Ein Zeichen der Solidarität in der GKV? Sollen wir daher die Beitragsbemessungsgrenze abschaffen und den Chefarzt voll zur Kasse bitten? Er würde schleunigst in die PKV wechseln.

Die Beispiele sollen die Crux der GKV deutlich machen, nämlich dass in der GKV bestimmte Verteilungsanliegen bewerkstelligt werden. Verteilungsanliegen und deren Finanzierung sind aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der alle Steuerzahler und sämtliche steuerpflichtigen Einkommen heranzuziehen sind, also die der PKV-Versicherten ebenso wie Kapital- und Mieteinkünfte. Daher müssen Verteilungsanliegen aus der GKV ins Steuersystem verlagert werden.

Die Gesundheitsprämie bewirkt genau das, unbeschadet unterschiedlicher Modelle, die ausgearbeitet vorliegen – wie etwa die Bürgerpauschale des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder die Vorschläge des Kronberger Kreises –, zwischen denen sich die Politik entscheiden muss. Der Grundgedanke bleibt derselbe: Jeder Versicherte, einschließlich der Familienmitglieder, zahlt einen von der Krankenkasse geforderten Festbetrag. Wessen Leistungsfähigkeit dies übersteigt, bei dem also Verteilungsanliegen zum Zuge kommen sollen, erhält steuerfinanzierte Unterstützungszahlungen. Damit kann die Umverteilung zielgerichteter vorgenommen werden als bisher, nämlich bei dem Personenkreis, der unserer Förderung wirklich bedarf. Dieser muss sich nicht als Bittsteller fühlen, denn der Sozialausgleich kann über die Finanzämter oder gegebenenfalls beim Arbeitgeber erfolgen. Widmet man den bisherigen Bundeszuschuss zur GKV zur Finanzierung dieser Hilfen um, dürfte bei einem schrittweisen Einstieg in die Gesundheitsprämie die Aufbringung kein unüberwindliches Hindernis darstellen wie verschiedene Berechnungen zeigen.

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,  
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

**Redaktion:** Kathrin Böhmer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)  
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010